

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Mo. allg. 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,  
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftföhrer: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, R6telstra6e 16  
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint w6chentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

### Die Normung in Deutschland

#### Sahnebl6chene Verst6ndnislosigkeit deutscher Fabrikanten

K6rzlich hielt der Normenausschu6 der deutschen Industrie seine Jahresversammlung ab. Die Aufgabe dieses Ausschusses ist hinreichend bekannt: es handelt sich bei seiner T6tigkeit darum, zweckm66ige einheitliche Abmessungen - Normen - zu finden, um zur Fabrikation von Typen zu kommen, das hei6t die Zahl der Warengattungen zu erm66igen. Die Normung ist also Voraussetzung f6r die Typisierung, auf der sich erst eine Massenfabrikation, die Verbilligung der deutschen Warenherstellung, die Angleichung des Verbrauchs an die Produktionsf6higkeit und die 6berwindung der Zersplitterung in unserer Produktion aufbauen kann. Wie wichtig die Normung f6r die Umstellung unserer Wirtschaft ist, m66e folgendes Beispiel beweisen. Die gr66te Kugellagerfabrik in Deutschland stellt jeden Tag 14 000 Lager her, leider aber in 400 verschiedenen Ausf6hrungen, so da6 auf jede Sorte 45 Lager fallen. Das hier nicht von Wirtschaftlichkeit geredet werden kann, versteht sich von selbst. Dagegen ist die 6berlegenheit einer ganzen Reihe von amerikanischen Wirtschaftszweigen auf die Normung zur6ckzuf6hren; zum Beispiel begann die 6berlegenheit der amerikanischen Autoindustrie erst, als die Gesellschaft amerikanischer Ingenieure w6hrend des Krieges die Normen streng durchf6hrte, um den Bedarf der Weststaaten an Autos zu befriedigen.

In Deutschland wird die Normungsarbeit von dem Normenausschu6 der deutschen Industrie zusammengefa6t. Die von ihm herausgegebenen Normen sind das Ergebnis freiwilliger Gemeinschaftsarbeit der Erzeuger, Verbraucher und des Handels unter Mitwirkung der Beh6rden und der Wissenschaft. Der Ausschuss selbst entwickelte sich aus dem 1917 ins Leben gerufenen Normalkommission f6r den Maschinenbau. Er hat bis jetzt ein umfangreiches Normenverzeichnis herausgegeben. Eine ganz gewaltige Arbeit ist damit geleistet worden, und man mu6 sich fragen, was jene Betriebe, die jetzt mit wachsenden Fahnen der Nationalisierung 6bergehen, machen wollten, wenn der Ausschuss auf dem Gebiet der Normung nicht mit gr66ter T6tigkeit gefahren w6re f6r sie gesorgt und gearbeitet h6tte.

Man sollte meinen, diese Normenarbeit w6rde von allen deutschen Industriellen anerkannt werden. Das ist aber nicht der Fall. Wir haben zwar Werke in Deutschland, die den Wert der Normung beiseite erkannt und alles getan haben, um sich deren Vorteile zu sichern, die den Konstrukteur bei seinen Neuarbeiten bis zu 80 % auf die genormten Teile an Lager verweisen und die die Normung so genau nehmen, da6 sie sie selbst auf Transmissionen usw. ausgedehnt haben. Aber diese Werke sind in Deutschland au6erst selten. Das beweist ein Vortrag, den der Oberingenieur Gramenz auf der Jahresversammlung des Normenausschusses hielt. Gramenz hat in letzter Zeit 180 Fabriken besucht, um festzustellen, wieweit hier die Normung Eingang gefunden hat. Was er sah, ist niedererschmetternd und kennzeichnet die Geistesverfassung der Leute, die auf den gro6en deutschen Industrietagen die gem66sam bekannten Reden 6ber die Notwendigkeit der Nationalisierung in unserer Industrie halten. Die Feststellung des Oberingenieurs Gramenz ergab ungef6hr folgendes: 55 % der besuchten Werke haben die Normung bisher nicht angewandt. Allen Anschein nach glaubt man auch hier auf ein Mittel verzichteten zu k6nnen, 6ber dessen segensreiche Auswirkung man sich heute klar sein sollte. Eine Gro6fabrik verweigerte dem Oberingenieur jede Auskunft, weil sie sich keiner Ausfrage unterwerfen wolle. Wir nehmen an, da6 die in Frage kommende Fabrik alle Ursache hat, einer solchen Pr6fung aus dem Wege zu gehen.

Wie es um die Normung in der Mehrzahl unserer Betriebe heute noch steht, besagen folgende von Gramenz mitgeteilte F6lle. In einer Fabrik, die 10 000 Arbeiter besch6ftigt, fand er ein Normungsb6ro. Befragt war es - das, wenn es Wert haben soll, die Arbeit erfahrener Spezialisten auf dem Normungsgebiet ben6tigt - mit einem einzigen Mann. Dieser war aber noch als Hilfskonstrukteur t6tig. Da6 unter diesen Voraussetzungen nichts aus den Normungsbestrebungen werden kann, braucht wohl nicht betont zu werden. Ein anderes Werk, das eine Belegschaft von 4- bis 5000 K6pfen z6hlt, hatte ein 6hnliches Normungsb6ro aufgezogen. Auch hier war ein Mann t6tig, der zur Abwechslung noch auf dem Gebiete der Patentanmeldungen nebenbei besch6ftigt wurde. Vielfach wird die ganze Normung von unseren Industriellen als 6berfl6ssige Spielerei angesehen. Man betrachtet die in der Normung besch6ftigten Personen so etwa wie einen wirtschaftlichen Luxus. Welche Rolle dann der Normungsmann spielt, geht aus der Mitteilung des Oberingenieurs Gramenz hervor: Ein Junge, der mit der Normung besch6ftigt ist, sprach Gramenz seine gro6e Freude aus, da6 er auf diese Art und Weise wieder nach langer Zeit den Betrieb zu sehen bekam, f6r den er die Normung durchf6hren sollte. Unsere Industriellen haben zur Zeit der Inflation, als sie im Geld schwammen, Normungsb6ros wohl eingerichtet. Als dann die Krise kam und das Geld knapp wurde, baute man nat6rlich die Normungsb6ros zuerst ab - „aus Gr6nden der Rentabilit6t“. So sieht die Geistesverfassung der deutschen Industriellen aus und so steht es um die Nationalisierungsbestrebungen. Wenn die R6ckf6higkeit der deutschen Industriellen auf anderen Gebieten auch nur ann6hernd so gro6 ist wie auf dem Gebiet der Normung, kann es wirklich schlecht um die Zukunft unserer Industrie und Wirtschaft sein.

Was mu6 anders werden. Was n6cht alle gute Vorarbeit, die Industriellen nachher nicht mittun und auf die vom Staat geleistete Vorarbeit nicht zur6ckweisen? Da6 die Arbeiter auf dem Gebiet der Normung, die die Zukunft unserer Industrie und Wirtschaft wirklich schlecht um die Zukunft unserer Industrie und Wirtschaft sein.

Das Ausland l66t sich heute die Normungsarbeit weit mehr anlegen sein, als die deutschen Industriellen. Es besteht die Gefahr, da6 die in Deutschland geleistete Arbeit dem Auslande zugute kommt. Das w6re ein gro6er Schaden f6r Deutschland. Vielleicht ist es notwendig, da6 wir mit geeigneten Mitteln die Normungsarbeit in Deutschland zur Anerkennung und die Normung zum Durchbruch bringen m66en.

Weiter ist vielleicht auch folgende Tatsache zu beobachten. Der Handel verkauft heute durchweg genormte Teile mit einem Aufschlag. Er zieht aus der Herstellung von Normenteilen einen unberechtigten Gewinn. Die Anwendung der Normung wird aber ganz bedeutend dadurch erschwert. Es ist hier die allerh6chste Zeit, gr6ndliche Abhilfe zu schaffen.

### Volksentscheid

#### 6ber die Enteignung der F6rsten

6ber den Beutegug der fr6heren Landesv6ter auf die Taschen des deutschen Volkes wird das Volk nun selbst zu entscheiden haben. Der NSDAP, die Sozialdemokratie und die Kommunistische Partei haben sich geeinigt, den Volksentscheid herbeizuf6hren. Das von diesen drei K6rperschaften eingebrachte Gesetz zur Enteignung der F6rstenverm6gen hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Artikels 153 der Reichsverfassung wird bestimmt:

#### Artikel 1.

1. Das gesamte Verm6gen der F6rsten, die bis zur Staatsumw6lung im Jahre 1918 in einem der deutschen L6nder regiert haben, sowie das gesamte Verm6gen der F6rstenh6user, ihrer Familien und Familienangeh6rigen wird zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entsch6digung enteignet.

#### Artikel 2.

Das enteignete Verm6gen wird verwendet zugunsten:  
a) der Erwerbslosen,  
b) der Kriegsgesch6digten und Kriegshinterbliebenen,  
c) der Sozial- und Kleinrentner,  
d) der bed6rfenden Opfer der Inflation,  
e) der Landarbeiter, Kleinrentner und Kleinrentnerinnen durch Schaffung von Wohnpl6tzen auf enteignetem Landbesitz.  
Die Sch6ffung, Wahrung und sonstigen Ges6nde werden f6r allgemeine Wohlfahrt, Kultur- und Erziehungszwecke, insbesondere zur Erhaltung von Gedenk- und Denkm6lern, f6r Kriegsgesch6digte, Kriegshinterbliebenen, Sozial- und Kleinrentner, sowie von Kinderheimen und Erziehungsanstalten verwendet.

#### Artikel 3.

Alle Verfügungen einsehr. der hypothekarischen Belastungen und Eintragungen, die mit Bezug auf die nach diesem Gesetz enteigneten Verm6gen oder ihrer Bestandteile nach dem 1. November 1918 durch Urteil, Vergleich, Vertrag oder auf sonstige Weise getroffen wurden, sind nichtig.

#### Artikel 4.

Die Ausf6hrungsbestimmungen zur Durchf6hrung dieses Gesetzes werden durch ein Reichsgesetz festgelegt, das innerhalb dreier Monate nach der amtlichen Verk6ndung zu erlassen ist. Dieses Reichsgesetz hat insbesondere die n6heren Bestimmungen zur Ausf6hrung des Art. 2 dieses Gesetzes 6ber die Verwendung der enteigneten F6rstenverm6gen zu treffen.

Dieser Gesetzentwurf ist am 25. Januar dem Reichsministerium des Innern eingereicht worden. Damit ist die Bewegung f6r den Volksentscheid in aller Form er6ffnet. Die beteiligten Organisationen werden die Bewegung jede f6r sich f6hren; aber sie sind sich alle bewu6t, da6 sie ihre Kr6fte vereinigten m66en, um das gemeinsame Ziel zu erreichen.

### Von Professoren, Femem6rdern und Banknotenf6lschern

Europa hallt wider von Schlagworten 6ber die Krise der Demokratie und des Parlamentarismus. Es m66te keine deutschen Universit6tsprofessoren geben, wenn sich nicht jetzt, am 18. Januar, bei der Reichsgr6ndungsfeier der Berliner Universit6t ein deutscher Jugendredner in die Brust geworfen h6tte, um dem deutschen Volke die Sch6pfungsf6higkeit des allgemeinen Wahlrechts und der Weimarer Verfassung wissenschaftlich zu begr6nden. Zum zehntausendsten Male wurde vor den gleichen W6nden im allgemeinen und f6r Germanien im besonderen erkl6rt, es m66te der Mann der Tat kommen, der Siegfried des Schmertes. Er allein k6nne uns von allen inneren und 6u6eren R6dern befreien. F6r kein Volk der Erde sei die Demokratie ungeeigneter denn f6r das deutsche.

Wie Aug und Gehehr kommen sich doch diese Hochpatrioten vor, diese Professoren und Professoren. Dabei wissen sie nicht einmal, was 66tliche St6mpfer sie sind, nicht einmal besch6ftigt zum Nachplappern dessen, was lange vor ihnen viel besser gesagt worden ist. Es gab einmal einen 6ber-Deutschen und Anh6nger von Karl Marx, n6mlich Gotthard Bucher, der nach der verungl6ckten Revolution gleich vielen anderen seiner Gef6hrten nach England fl6chten musste. In diesem immerhin „idealen“ Land der b6rgerlichen Demokratie sah ihr gl6hender Verehrer Bucher all ihre M6ngel und Fehler. Aus einem Saulus wurde ein Paulus und aus dem „Revolution6r“ Bucher ein Anh6nger der Diktatur, und sp6ter die rechte Hand Dismards. Was die heutigen deutschen Universit6tsprofessoren als W6hne Entbedung anpreisen, hat ein Bucher hundertmal besser gesagt, bezeugt von den Zust6nden im damaligen England.

Es ist hier nicht unsere Aufgabe, die Frage: „Demokratie oder Diktatur?“ abzuhandeln und auseinanderzusetzen. Vor allem nicht im Widerstreit mit alldemselben Hochschullehrer, die sich in all ihrer Gelehrsamkeit nicht einmal die M66e geben, das Ab der marxistischen Geschichtsauffassung und des Klassenkampfes kennen zu lernen. Die europ66ische Krise des Parlamentarismus ist doch in Wahrheit nichts anderes als die Krise des Kapitalismus, dessen Geburtsstunde mit dem Beginn des b6rgerlich-demokratischen Zeitalters zusammenf6llt. Die Demokratie ist die lebendige Mutter des Kapitalismus. Wenn die Mutter jetzt von der Arbeiterklasse verteidigt werden

mu6, so beweist das noch lange nichts gegen sie, sondern lediglich gegen ihr Kind, gegen den Kapitalismus. Es beweist, wie faul dessen Fr6chte geworden sind und wie notwendig es ist, sie durch die sozialistische Demokratie und durch die sozialistische Gesellschaftsordnung abzusch6teln. Statt folgerichtig vorw6rtzugehen, schreiben die Volksfeinde und die kapitalistischen Beauftragten: Jurid, jurid! Wenn es bis zu den H6henjollern noch nicht weit genug ist, dann noch weiter, bis zum Kaiser K6nig, bis zum Siegfried und zur Thurneisen.

Sonderbarerweise treffen sich in diesem Gedanken die W6llfischen und Diktaturanf6hler aller Klassen und Nationen. Diese man sie gew6hren, sie w6rden sich gegenseitig aufressen, so sehr sie auch heute einander loben und sich in den besch6nderten Zungen beweihr6uchern. Die Anh6nger Mussolinis in Rom bez6pfen denselben K6hl, wie die Bewunderer Audenborffs in M6nchen und Berlin. Ja, noch mehr! Auch Mussolini will wieder einen Kaiser haben und das alte r6mische Reich. Vielleicht w6rden sich dann, angelehnt ihrer geschichtlichen Erfahrungen, der r6mische Feldherr Marcus von Siller anwerben lassen und Hermann der Cherusker vom w6lfschen Haus Saevon.

„Krise der Demokratie und des Parlamentarismus“ sei es! Diese Einrichtungen bestehen immerhin schon einige Zeit. Sogar etwas l6nger als die gegenw6rtigen Diktaturen in Italien, in Ungarn, in Bulgarien, in Rum6nien, in Spanien und, mit einigen Schleiervorrichtungen, in Bayern. Russland schalten wir bei diesen Betrachtungen aus, weil die dortige Diktatur und die dortigen Verh6ltnisse auf v6llig anderen Voraussetzungen beruhen, obwohl selbst der verhasste „Jude Lenin“ hin und wieder von den W6llfischen als einer ihrer lieben Eisk6niglinge bezeichnet wird. Jedenfalls haben wir in Europa der Diktatur und der Diktatoren genug. Die in jenen L6ndern sich auswirkenden Krisen 6bersteigen alles, was wir in parlamentarisch regierten Staaten erleben. W6ren die wirtschaftlichen und politischen Ersch6tterungen an eine Staatsform und an eine Regierungsart gebunden, nicht von der Wirtschaftsweise bedungen, w6rden, die L6nder der Diktatur m66ten dem Garten Eden aus Adam und Evas Zeiten gleichen. Statt dessen sehen wir in Italien, in Ungarn, in Rum6nien, in Spanien, in Bulgarien und 6berall trostlose und erb6rmliche wirtschaftliche und politische Zust6nde. Gut geht es dort nur einem H6uflein kapitalistischer K6niglicher, denen die gesamte Arbeiterklasse zum Feind und zum Gegenstand der Ausbeutung geworden ist. In Genu und Venedig lebt daneben ein die Diktatur sch6ndendes und sch6ndendes Herrschertum, dem alles erlaubt ist, das nicht vor Genu und Venedig, noch vor Nord und Ostsee und dem Mittelmeer steht. In Spanien werden die Proleten nach Marzello getrieben, ihr Blut zu lassen. In Italien, Ungarn, Rum6nien oder Bulgarien gibt es hierzu noch keine arbeitspolitischen Gelegenheiten. Dort nimmt man Judtschajer, Falter, Peitsche und Maschinenengewehre, um den Arbeiter, Sozialisten und Demokraten die Segnungen der Diktatur beizubringen. Kein Wahlmandat, keine Arbeiterkammer, kein Parlament, keine soziale Maßnahme hindern hier kapitalistische Ausbeutung und Unterdr6ckung. Und doch Krise!

Krise der Wirtschaft, Krise des politischen Systems! Wie aus schw6renden Wunden spritzen dort Eiter und Gift aus dem Volks- und Staatsk6rper. Ungarn und seine die Nation beherrschenden Bauernf6hrer stehen heute auf der Logenordnung. Was in Budapest einplagt und sich entpflanzt, ist das Entsetzen des kapitalistischen Europa. Der Herr Windischgr6b und Genossen haben an den Grundlagen des Kapitalismus ger6ttelt. Sie haben solches Geld gedruckt und die Finanzw6hrung fremder Staaten gef6hrt. Deshalb die allgemeine Entr6stung und Emp6rung, deshalb die fremden Staatsanw6lts und Politisten, die ganz Ungarn durchsuchen und durchschneifeln. Kein Scheit und keine Entr6stung erhob sich, als zu Beginn des Fortschrittsregiments 450 Arbeiter im Walde von Schmetz mit Maschinenengewehren zusammengefa6t, als die sozialistischen Redaktoren Somogyi und Bacco bestialisch ermordet, als von K6niglichen Bomben in Budapest W6lfsche W6lfsche wurden; als Hunderte und Tausende von Juden, Sozialisten und Arbeitern, K6mmer, Frauen, Kinder und Greise auf Folterb6nne gespannt und in sadistischer Weise zu Tode gem6rdet, ihnen teilweise die Augen ausgestochen und die Br6ste abgeschritten wurden. Keine M6nchen sind dies aus dem Mittelalter, sondern blutige, der ganzen Welt bekannte Taten. Brauchen wir aber nach Ungarn, nach Italien, nach Rum6nien oder Bulgarien zu gehen? Bleiben wir in Deutschland und betrachten wir an den Palastw6nden die Liste der gef6ndeten Femem6rder. Auch sie haben get6rdet, gemordet und gef6ndet, im Namen der Nation, im Namen des K6nigreiches und ihrer kommenden Ordnung. Das soll uns gefunden vom Parlamentarismus? Danke! Der Anfang gen6gt uns!

Wir sind keine Roboter der kapitalistischen Demokratie und wir wissen, wie es mit ihr bestellt ist. Wenn es gilt, seine Herrschaft und seine Herrlichkeit zu erhalten, wird der Kapitalismus zu jedem Mittel greifen. Es wird ihm nichts helfen. Das haben uns die Naturbeispiele gezeigt. Der Erdbeberde greift aber zum Stra6fstein, wenn selbst dessen Geschichte und Tragf6higkeit vom letzten Unbedeutendsten Professor seit Urzeiten wissenschaftlich ersch6pft ist. Nur ein er kann und darf sich nicht von den w6llfischen und kapitalistischen Gesandten und Kr6ftmeiern beirren lassen: die arbeitende Klasse. Ihr Wissen um die gesellschaftlichen W6nde ist so fest untermauert und klar, da6 sie Sturpsucher und W6ndezeitler verachten. Wir verteidigen heute noch die Demokratie, die Mutter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, weil wir uns als ihre gef6hrlichsten Feinde f6hlen und vorw6rts wollen, nimmer zur6ck.

Jakob Kilmayer

### Die Elendsflut steigt weiter

Vom 1. bis zum 15. Januar ist die Zahl der Hauptunterst6tzungsempf6nger in der Erwerbslosenfr6ge von 1 497 516 auf 1 762 305 gestiegen. Die Steigerung betr6gt 17,7 %. Die Zahl der n6chsten Hauptunterst6tzungsempf6nger erh6hte sich von 1 335 943 auf 1 550 706, die der w6lfschen Unterst6tzungsempf6nger von 161 573 auf 211 599. Die Zahl der Bef6hligungsempf6nger (unterst6tzungsbed6rfliche Angeh6rige) lag von 1 821 590 auf 2 092 968. Die Steigerung der Zahl der unterst6tzten Erwerbslosen in der zweiten H6lfte des Dezember betrug rund 435 000 oder 40 %.

1 762 000 arbeitende M6nner m66en mit ihren Familien von den langen W6nden der Erwerbslosenfr6ge leben! Diese Tatsache br6cht ein Meer von Entbedung, Entmutigung und Verzweiflung aus. Ein solches Elend mu6 we6chlich und f6hlich auf die k6nftigen Geschlechter fortwirken. Angelehnt dieser herzerst6renden Drangsal freyt man sich, was denn nun eigentlich Regierung und Gemeinderat zur Milderung tun? Sie leben viel, versch6ren auch den Opfern der Wirtschaftskrise ihre Zukunft - oder von w6rden helfender Tat.



auf die es allein ankommt, hört man soviel wie nichts. Ob sich die Minister und Gemeindebehörden einbilden, die Erwerbslosigkeit sei eine schnell vorübergehende Erscheinung, so daß sie nichts Menschenswerdes zu tun brauchen? Dies wäre ein schwerer Irrtum, der ihnen je eher desto besser ausgetrieben werden müßte. Es ist töricht und gefährlich, anzunehmen, die Wirtschaftskrise ginge halb wieder vorüber. Ihre äußeren und inneren Ursachen machen es wahrscheinlich bis zur Gewißheit, daß Deutschland auf Jahre hinaus mit einer erheblichen Arbeitslosigkeit zu rechnen hat. Hatte Deutschland in der Kriegszeit neben einem Arbeitslosenheer von 400 000 Mann im Jahr noch ein verfestetes Arbeitslosenheer in der Armee von nahezu einer Million Mann (860 000 Mann Landheer und 70 000 Mann Marine), dann müssen wir bei der heutigen Wirtschaftslage damit rechnen, daß eine Million Arbeiter in dauernde Beschäftigung nicht unterzubringen sind. Es muß deshalb endlich einmal großzügig an die Umlieferung eines Teiles der Arbeiter aus den überfüllten Industriegebieten herangegangen werden. Im Ruhrgebiet werden auch dann mindestens 50 000 bis 60 000 Arbeiter jubelnd vorhanden sein, wenn der Bergbau eines Tages wieder flott in Gang kommen sollte, woran natürlich bei dem Wettbewerb des Oils und der weißen Kohle nicht zu denken ist.

Die Beschaffung von Arbeit und Brot ist jetzt die große innerpolitische Frage. In dieser brennenden Frage ist mit billigen Worten und kleinen Mitteln nichts auszurichten. Es müssen von der Regierung und den Gemeinden Maßnahmen großen Stils vorgenommen werden, um Hunderttausenden auskömmliche und dauernde, aber auch für die Wirtschaft nützliche Beschäftigung zu sichern. Das kann bei einem gutem Willen nicht schwer sein. Brauchbare Vorschläge sind von den Gewerkschaften genug gemacht worden.

Wenn schon nach Meinung der Unternehmer Millionenbeträge aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge, Krankenkassen, Reichs-, Staats- und Kommunalbudgeten flüssig gemacht werden sollen, dann müssen diese produktiv angelegt werden. Hier käme — um nur einiges zu erwähnen — der Straßenbau in Betracht. Sind doch die deutschen Straßen teilweise in schlechtem Zustande. Kanalbauten könnten dem folgen, wobei wir an den Sanjafanal erinnern möchten. Und dann der Wohnungsbau in seiner ganzen Vielgestaltigkeit. Hier könnte man zunächst eine große Anzahl ungelernter Arbeitskräfte unterbringen, auch Facharbeiter finden Beschäftigung. Dadurch würden neue Arbeitsmöglichkeiten in den verschiedensten Industriezweigen geschaffen. Der erhöhte Bedarf an Eisenorten aller Art gäbe der Eisen- und Metallindustrie Beschäftigung. Letztere braucht Kohle und Stahleisen. Daraus würde auch der Bergbau eine Belebung erfahren. Die Verwendung von Stahl und Zement würde diese Betriebe in Richtung sehen und dem Bergbau ebenfalls Bestellungen zuführen. Die verstärkte Förderung des Bergbaus würde Bestellungen an die Maschinen-, Industrie und andere Gewerbegebiete nach sich ziehen. Sandgruben, Steinbrüche usw. bekämen Beschäftigung. Kurzum, es könnte so eine wirkliche Belebung des Arbeitsmarktes erfolgen. Zwar wäre damit noch keine Geschäftsblüte erreicht, aber der Anfang wäre gemacht.

Die Maßnahmen müssen von der Regierung und den Gemeinden ergriffen werden. Vom Unternehmer ist dabei nichts zu erwarten. Denn was dessen Wortführer und Zeitungen seit Wochen an Rufen, um es milde auszudrücken, über die Behebung der Wirtschaftskrise von sich geben, schlägt jede Hoffnung nieder. Wenn man die Reichheit der Unternehmer und ihrer Federwörter hört, so kann man nicht umhin, zu glauben, daß Deutschland tatsächlich verfallend ist. Des deutschen Unternehmertums wirtschaftliche Beschränktheit, verstimmt durch maßlose Profitgier, stellt eine schwere Belastung der deutschen Wirtschaft dar. Es liegt ihm übrigens auch nichts an der Verminderung des Arbeitslosenheeres. Der riesige Umfang der industriellen Reservearmee läßt es hoffen, die Löhne und Arbeitszeit verschlechtern zu können. Das es damit in verächtlicher Weise zu beginnen bereit ist, zeigt ein Blick in die Unternehmerrasse. Der volkswirtschaftlichen Schädigung durch Lohnsenkung und Arbeitszeitverkürzung läßt sich nur durch wirksame sozialpolitische Gesetze und durch Stärkung der Gewerkschaften widersetzen. Daß die Arbeiterverbände in den Parlamenten und Gemeinden ihr Aufsehen tun müssen, um der Not zu helfen und deren Bergförderung durch die Profitgierigkeit zu verweigern, ist einfach selbstverständlich.

### Wo die Verbilligung beginnen muß

Daß unsere Unternehmer die Warenherzeugung verbilligen wollen, ist allgemein bekannt. Der Bestimmung der Mäße ist die Not auf dem Fuße gefolgt. Die Verbilligung wird durch Abbau von — Arbeitern und Angehörigen als auch durch Lohnsenkungen betrieben. Die Last der wirtschaftlichen „Reinigung“ wird einfach den Arbeitern aufgebürdet. Der brave Unternehmer denkt eben, wenn man Opferungen geht, an sich zuletzt. Diese Denkart verhindert ihn offenbar, dort mit der Verbilligung zu beginnen, wo sie erziehbilg ist, nämlich bei den Direktoren und oberen Angestellten. Daß unsere Warenherzeugung mit solch teuren Zeitgenossen überladen ist, wurde hier schon wiederholt an Beispielen dargelegt. Heute sei wieder eins der langen Reize angefügt. Die „Frankfurter“ vom 19. Januar schreibt:

Nehmen wir einmal die Aktiengesellschaft Bernerische-Belleis, Bernerische Schmelzwerke, die, und zwar den Betrieb in Angsburg. Die Zahl der höherrangigen Beamten und Angestellten in diesem Betriebe — der größte von allen Unternehmungen der Gesellschaft — betrug 1914 insgesamt acht, darunter ein Direktor mit einem Monatsgehalt von 1000 M., drei Prokuristen mit einem Monatsgehalt von je 500 M., außerdem waren außer Lutz noch vier weitere Personen beschäftigt, ebenfalls mit einem Monatsgehalt von 500 M. Das ergibt eine Gesamtsumme an Gehältern für alle acht Beamten und Angestellte von monatlich 4500 M.

Wenn wir, wie der Apparat mit gleichen Qualitäten heute ansieht und was er kostet. Auch dem Stande vom Oktober 1925 sind jetzt drei Direktoren notwendig, von denen zwei die meiste Summe von je 500 M. von Monat einnehmen, während sich der dritte mit dem Monatsgehalt von 300 M. abfinden muß. Außerdem braucht man heute sechs Prokuristen mit einem Monatsgehalt von je 800 M., außerdem sind noch außer Lutz sechs gehobene Angestellte notwendig, von denen fünf einen Monatslohn von 600 M., der letzte einen solchen von 450 M. hat. Das Gehalt der Direktoren ist jetzt folgendermaßen zusammengefaßt: 35 M. des Hauptes von 7 Millionen ergibt 2400 M., dazu ein festes Gehalt von 2000 M., so daß sich das ganze Einkommen von 4400 M. herausstellt ergibt.

Und nun die Besoldung der „Verbilligung des Betriebes“ hat nur 24 Angestellte gekündigt mit einem Monatsgehalt von durchschnittlich 200 M. Das ergibt im Monat eine Ersparnis von 4800 M. über im ganzen Jahr von 57 600 M. Man vergleiche: ein Direktor bezieht 6000 M., 24 Angestellte zusammen 57 600 M. Die Angestellten werden auf die Hälfte gekürzt, die drei Direktoren bleiben, weil sie unbedingt notwendig sind.

In der Woche vom 12. Oktober wurden im Reichsbergbau und Bergbau zusammen 68 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen, welche die Betriebe in Bergbau und Bergbau unterhalten sollen. Diese Arbeiter und Arbeiterinnen verdienen im Durchschnitt 12 M. in der Woche, zusammen 816 M. wöchentlich, im Monat 3264 M. Man hat also, um 922 M. im Monat einzusparen, 68 Arbeiter auf die Straße geworfen, man hat eingesparrt bei den Löhnen, die nach Werte schafften und auch davon Arbeit hat. Der der Lohn der Arbeiter ist aber nicht der Lohn der Arbeiter, sondern der Lohn der Arbeiter, die den Lohn der Arbeiter erhalten und über Gehalt bezahlen können. Das ist der Lohn der Arbeiter, die den Lohn der Arbeiter erhalten und über Gehalt bezahlen können.

Solche Beispiele lassen sich leicht finden. Mit ihnen ist zu zeigen, wie wenig ernst es den Unternehmern mit der „wirtschaftlichen Reinigung“ über der Verbilligung der Warenherzeugung ist. Ein Mann, der sie ernst meint.

### Wie „gespart“ wird

Der Reichshaushaltplan für das Jahr 1926 ist erschienen und gibt Einblick in die Art, wie die oft geforderte Sparbarkeit in die Tat umgesetzt werden soll. Allen denjenigen, die nicht an die Notwendigkeit und das unbedingte Erfordernis der Sparbarkeit glauben, ist es ja oft genug von der Reichsregierung sowohl wie von allen Bürgerlichen und Schwerindustriellen in die Ohren geschrien worden. Wie gerade im Reichshaushalt diese angepriesene Sparbarkeit in die Tat umgesetzt wird, dafür einige Zahlen:

Reichswehrministerium

Ordnlicher Haushalt:	1924	1925	1926
fortlaufende Ausgaben:	598 958 594	467 318 609	559 756 240
einmalige Ausgaben:	58 468 280	84 526 040	38 287 760
Außerordentlicher Haushalt:	929 657	20 557 220	29 745 290
Zusammen:	456 351 521	572 396 869	628 789 290
von der Gesamtausgaben:	7,8	8	8,9

Reichsarbeitsministerium

Ordnlicher Haushalt:	1924	1925	1926
fortlaufende Ausgaben:	469 475 688	428 297 053	381 723 573
einmalige Ausgaben:	7 100	115 677 000	862 500
Außerordentlicher Haushalt:	24 843 541	11 005 000	15 000 000
Zusammen:	499 326 329	544 979 053	397 586 073
von der Gesamtausgaben:	8,2	7,8	6,2

Daraus ergibt sich, daß das Reichsarbeitsministerium diese Sparbarkeit tatsächlich angewandt hat und von Jahr zu Jahr weniger verausgabte. Auf der anderen Seite dagegen hat das nach unrem Dazuführen, wenn nicht vollständig, so aber doch zum größten Teil überflüssige Reichswehrministerium seine Ausgaben vom Jahr zu Jahr gesteigert. Daß die Kriegsausgabe für den Militarismus glatte Vergewandung ist, haben wir hier schon wiederholt auseinandergesetzt.

### Gewinne in England und Deutschland

Die englische Zeitschrift Economist veröffentlicht auf Grund von Berichten von 1490 Aktiengesellschaften aller Industrien erstaunliche Zahlen über die durchschnittlichen Gewinne, die seit drei Jahren im Steigen begriffen sind, während man den Arbeitern unter dem Vorwand der katastrophalen Lage der Industrie dauernd Lohnherabsetzungen auferzwingen hat. Die Nettogewinne stellten sich den Berechnungen des Economist zufolge im vergangenen Jahre auf durchschnittlich 10,9 v. H. Die entsprechenden Zahlen für die Jahre 1924, 1923 und 1922 sind 10,3, 9,8 und 7 v. H. Daß die Gewinne auch in neuester Zeit noch im Steigen begriffen waren, zeigt eine Aufstellung über die vier Quartale des Jahres 1925, deren Nettogewinnzahlen wie folgt lauten: 1. Quartal 11,2 v. H., 2. Quartal 10,3 v. H., 3. Quartal 9,8 v. H., 4. Quartal 12,3 v. H. Setzt man die Gewinne des Hochkonjunkturjahres 1920 = 100, so lauten die Zahlen für 1921 79,9, 1922 56,7, 1923 74,9, 1924 78,9 und 1925 85,8. Die Ziffer für 1925 stellt somit nur zirkel 15 Punkte unter derjenigen des Jahres der Kriegsgewinne.

Ähnliche Feststellungen lassen sich auch für andere Länder machen, so zum Beispiel für Deutschland, wo man allerdings viel davon hört, daß die Industrieunternehmen für das abgelaufene Jahr keine Dividenden zahlen, was jedoch hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß sehr viele Unternehmen angesichts der herrschenden Geldknappheit ihre Reingewinne in die Betriebe stecken, um keine teuren Kredite aufnehmen zu müssen. Es ist aber eine Tatsache, wenn behauptet wird, daß die Mehrzahl der Unternehmen, die wie in England über die Notwendigkeit von Lohnherabsetzungen und Arbeitszeitverlängerungen wimmern, keine oder nur sehr niedrige Gewinne erzielen. Nach einer Zusammenstellung der Berliner Monatspost haben zum Beispiel von den an der Berliner Börse gehandelten Industriefabriken bisher etwa zwei Drittel, das heißt rund 700 Gesellschaften, eine Dividendenzahlung vorgenommen, derzufolge 374 eine Dividende in der Durchschnittshöhe von 7,5 v. H. ausschütteten; 10 v. H. und darüber zahlten 98 Gesellschaften. Die höchsten Durchschnittsdividenden verteilen die Brauereien, nämlich bis 12 v. H., auch die Banken blieben mit 7,8 v. H. noch über dem Durchschnitt.

### Dawesplan und Industriebelastung

Nach dem Dawesplan ist die deutsche Industrie mit 5 Milliarden Mark belastet worden. Hierfür sollen an Zinsen im laufenden Jahre 125 Millionen Goldmark aufgebracht werden. Dieser Betrag steigert sich in den nächsten Jahren auf 250, dann auf 300 Millionen Goldmark und erreicht damit die dauernde Höchstleistung, wie sie im Dawesplan vorgegeben ist.

Wie berichtet wird, ist nunmehr auf Grund der Vermögensermittlungen das Betriebsvermögen der Industrie festgestellt worden. Allem Anschein nach rechnet man mit einer Summe von rund 37 Milliarden Mark. Diese Summe wird also mit den genannten 5 Milliarden belastet. Dafür muß die Industrie die Zinsen aufbringen und an den Reparationsagenten abführen. In diesem Jahre sind es zunächst nur 2 1/2 v. H. Zinsen oder 125 Millionen Mark. Im nächsten Jahre steigt der Zinsfuß auf 5 v. H., im übernächsten Jahre auf 6 v. H. Mit anderen Worten: die Belastung der industriellen Betriebsvermögen beträgt im laufenden Jahre 0,375 v. H. und steigt in den beiden nächsten Jahren auf 0,75 und 0,9 v. H. des jeweiligen Vermögens — voransgesetzt, daß sich der Vermögensstand nicht ändert. Ein oft besprochenes Mangel des Dawesplanes bestand bekanntlich darin, daß die zu leistende Endsumme aller Reparationen in dem Maße nicht angegeben war. Summieren wurde durch die Feststellungen der zuständigen Minister über die Höhe der Betriebsvermögen erreicht, daß die Unternehmer wenigstens für eine Reihe von Jahren auch in Bezug auf diese Belastung nunmehr mit festen Zahlen rechnen können. Das wird die kaufmännische Berechnung wesentlich erleichtern.

### Das starr organisierte Handwerk

Die neuen Regierungspläne zum Preisabbau richten sich nicht zuletzt gegen die Handwerksvereine, da diese vielfach wie Kartelle und Syndikate wirken. Es ist lehrreich festzustellen, daß das Handwerk sehr organisiert ist. Auf das stark organisierte Zusammengedrängtegeht in diesen Reihen weißt in auch die Regierungsdienstleistung hin. Wie muß sich die Innungen verhalten haben, zeigt eine Zusammenfassung, die wir der Nr. 2 des „Schwäbischer“ entnehmen: Nach einer Statistik des Deutschen Handwerks- und Gewerbeverbandes hat in den letzten 20 Jahren die Zahl der Innungen sich nahezu verdoppelt; sie lag von 1904 mit 922 auf 1743 im Jahre 1925. Besonders stark sind die Innungen in diesen Jahren angewachsen, die sich mehr als verdreifacht haben. Sie wuchsen von 296 auf 1037 zu, während die Zahl der freien Innungen nur von 624 auf 706 gestiegen ist. 1904 gehörten den Innungen 210 643, 1925 hingegen 666 732 Mitglieder an. Die Zahl der in freien Innungen organisierten Handwerker ist von 214 665 auf 243 505 angewachsen. Waren 1904 nur knapp die Hälfte, nämlich 46,7 v. H. der Handwerker von den Innungen erfasst, so betrug die entsprechende Zahl 1925 73,2 v. H., also fast drei Viertel der in Innungen stehenden gesammelter Handwerker.

Geht es das Gewerkschaftswesen der Schwäbischer. Es wäre gut, wenn man auch von den Arbeitern und Angestellten berichten könnte, daß sie zu 75 v. H. aus freien Gewerkschaften angehören. Das würde dann für Arbeit und Ruhe erspart werden können und wieviel leichter konnte der Kampf geführt werden!

Der Seilverkehr der Welt. (ITF.) Das Gesamtnetz sämtlicher Seilbahnen beträgt jetzt 57 500 Kilometer, gegen 29 607 Kilometer in 1921. Von den 57 500 Kilometern entfallen auf Europa 30 255, Amerika 866, Afrika 720, Asien 5822 und auf Australien 1658 Kilometer. Die längste Seilbahnende Strecke ist die von Rio de Janeiro nach San Francisco mit 4340 Kilometern, die zweitlängste die von Capetown nach Durban mit 2550 Kilometern und die drittlängste die von London nach Moskau mit 2380 Kilometern.

### Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie

Die im September 1924 einsetzende Erholung des Wirtschaftens hielt auch in den ersten Monaten des Jahres 1925 an. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder im DMM sank von 7,2 v. H. Ende Dezember 1924 auf 3,2 v. H. im Monat Juni. Schon im Monat Juni mehrten sich die Anzeichen einer neuen Krise. Im Mai stieg die Zahl der kurzarbeitenden Mitglieder von 5,4 auf 6,1 v. H. Der Juni brachte eine weitere geringe Erhöhung der kurzarbeitenden Mitglieder auf 6,4 v. H. Im Juli setzte die Verschlechterung des Arbeitsmarktes in stärkerem Maße ein. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder stieg von 3,2 auf 3,7 v. H., die kurzarbeitenden Mitglieder von 6,4 auf 8,0 v. H. Gleichzeitig sanken die Feststellungen der öffentlichen Arbeitsnachweise die Zahl offener Stellen in der Metallindustrie um über 12 v. H. Die Monate August, September und Oktober brachten eine weitere Verminderung der Arbeitslosigkeit. Im Verlauf dieser drei Monate stieg die Zahl der arbeitslosen Mitglieder unseres Verbandes von 3,7 auf 7,3 v. H. Dies ist mehr als eine Verdoppelung der arbeitslosen Mitglieder. Die Zahl der kurzarbeitenden Mitglieder unseres Verbandes von 3,7 auf 7,3 v. H. bis Oktober verdreifachte sich die Zahl der kurzarbeitenden Mitglieder des Verbandes. Sie stieg von 8,0 auf 24,5 v. H. Gegen Ende des Jahres nahm die Krise noch schroffere Formen an. Ende Dezember waren 15,2 v. H. unserer Mitglieder arbeitslos und 30,1 v. H. waren kurzarbeitend. Stellt man die Zahl der arbeitslosen und kurzarbeitenden Mitglieder nebeneinander, so wird das Bild noch trübsamer, wie aus der folgenden Aufstellung hervorgeht.

Monat 1925	Arbeitslose Mitglieder v. H.	Kurzarbeitende Mitglieder v. H.	Zusammen von der Krise betroffen Mitglieder v. H.
Januar	7,7	6,2	13,9
Februar	6,8	6,8	13,6
März	5,2	5,8	11,0
April	5,1	5,4	10,5
Mai	3,6	6,1	9,7
Juni	3,2	6,4	9,6
Juli	3,7	8,0	11,7
August	4,5	10,7	15,2
September	5,1	16,8	21,9
Oktober	7,3	24,5	31,8
November	8,4	24,9	33,3
Dezember	15,2	30,1	45,3

Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß oft die kurzarbeitenden Mitglieder weniger arbeitslos sind, als die völlig arbeitslosen.

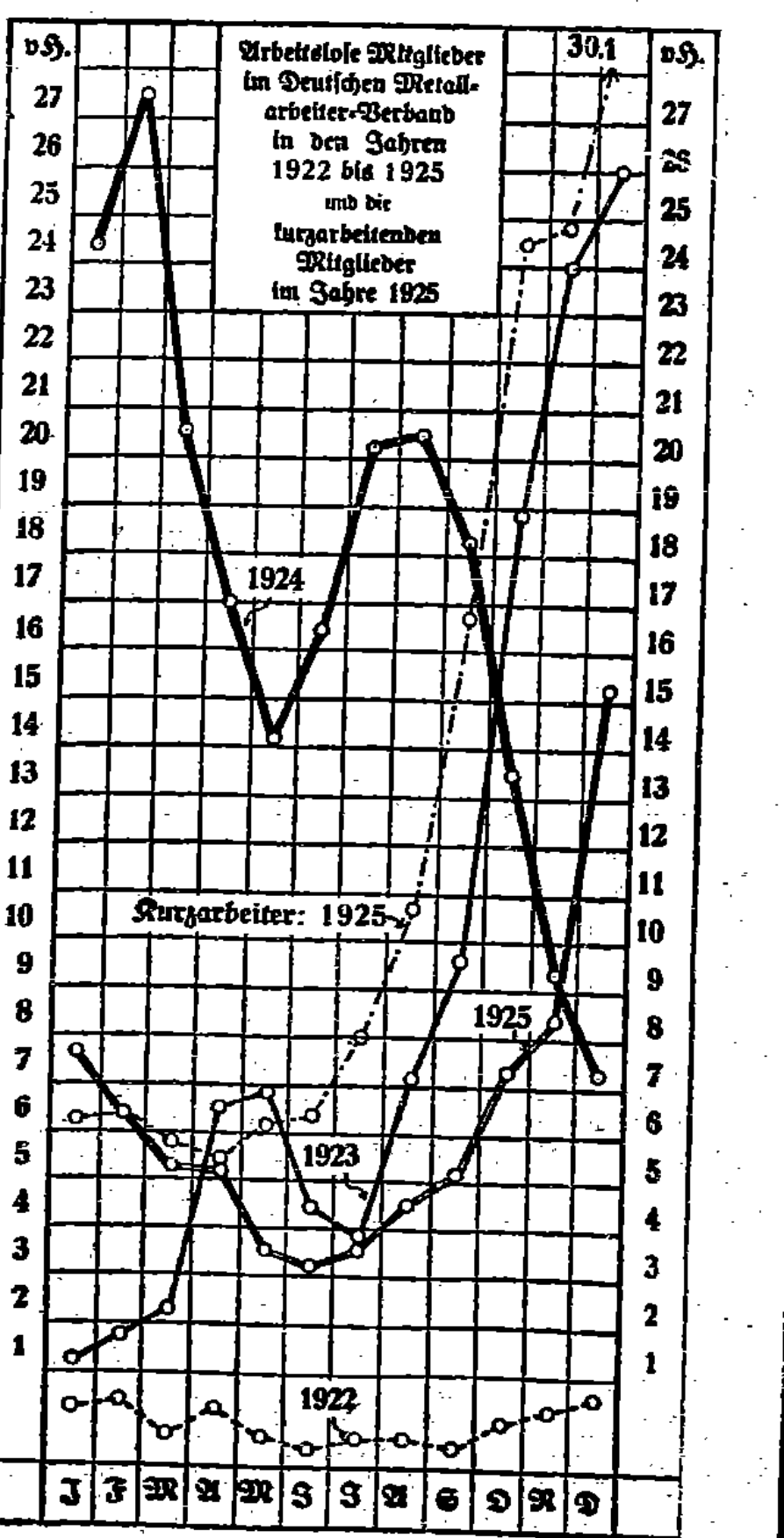
Es sind demnach am Ende des Jahres beinahe die Hälfte unserer Mitglieder von der Krise betroffen. Immer noch mehrten sich die Betriebseinschränkungen und Stilllegungen. Niemand ist sicher, wann er an die Reihe kommt. Selbst die Facharbeiter, über deren Mangel noch im Anfang des Jahres 1925 gellagt wurde, fallen der Krise zum Opfer. Das Schaubild zeigt neben den Arbeitslosenkurven der Jahre die Kurve für die kurzarbeitenden.

Vergleicht man die durchschnittlichen Arbeitslosenzahlen unserer Mitglieder seit 1914, so ergibt sich, daß besonders nach der Inflation die Metallindustrie besonders stark von Krisen betroffen wurde, wie aus der folgenden Zusammenstellung hervorgeht.

Jahr	Arbeitslose Mitglieder v. H.	Jahr	Arbeitslose Mitglieder v. H.
1914	6,2 v. H.	1920	2,9 v. H.
1915	1,6	1921	3,2
1916	0,8	1922	4,7
1917	0,2	1923	9,4
1918	0,4	1924	17,4
1919	3,2	1925	7,1

Eine besondere Zählung der arbeitslosen Verbandsmitglieder hat für Mitte Januar folgendes ergeben: Es waren arbeitslos 135 018 (darunter 7595 weibliche); krank 22 841 (darunter 1957 weibliche). Von den erfassten Mitgliedern waren erwerbslos 22,3 v. H. männliche, 15,8 v. H. weibliche, im Gesamtdurchschnitt 21,8 v. H.

Wieviel Geld und Summen in den oben genannten Zahlen zum Ausdruck kommt, können nur die ermessen, die selbst darunter gelitten haben. Wohl dem, der in der Zeit der Not eine Stütze an seinem Organisation hat.



Wenn auf der Straße einige Säger ein Lied anstimmen, so öffnen sich viele Fenster. Die Bewohner lauschen dem Gesänge. Wenn aber zwei Nachbarn sich genden und sich gegenseitig Gemeinheiten ins Gesicht schleudern — dann öffnen sich alle Fenster.



# Löhne der Metallarbeiter in Nordamerika

F. K. Das Büro für Arbeitsstatistik in Washington ermittelt jedes Jahr die Löhne und die Arbeitszeit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Vereinigten Staaten. Die Ermittlung findet immer am 15. Mai statt, weil an diesem Tage die meisten Lohnverträge neu abgeschlossen werden. Die Ergebnisse der Ermittlung von 1924 sind jetzt in einem Sonderheft des Büros (Bulletin 388) erschienen. Diese Erhebung erstreckte sich auf 66 große Industriestädte, umfaßte 894 343 organisierte Arbeiter und stützt sich auf 5038 Angaben über gewerkschaftliche Lohnverträge. In dieser Ermittlung ist die Metallindustrie wiederum stark, und zwar mit 14 Berufen vertreten. Die Schwerindustrie fehlt allerdings. Deren Arbeitsbedingungen sind kürzlich gesondert erörtert und veröffentlicht worden.

Der Wert dieser Erhebungen wird noch dadurch beträchtlich erhöht, daß sie seit vielen Jahren, seit 1907, regelmäßig vorgenommen werden. Durch die Nebeneinanderreihung der Ergebnisse all der Jahre ist es leicht möglich, zu beurteilen, wie sich die Löhne und die Arbeitsstunden geändert haben. Eine Betrachtung der Ergebnisse der 19 Jahre zeigt, daß die Arbeitsbedingungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Vereinigten Staaten ununterbrochen besser geworden sind. Die tägliche Arbeitszeit ist langsam aber stetig kürzer geworden und der Lohn hat sich, wenn auch weniger stetig, so doch erheblich erhöht. In welchem Maße sich die Arbeitsbedingungen verbessert haben, ist an folgenden allgemeinen Angaben zu ersehen: Nimmt man alle (organisierten) Berufe als ein Ganzes, so ergibt sich, daß im Mai 1924 der gewerkschaftlich festgelegte Stundenlohn 83 vH höher war als im Mai 1923, 99 vH höher als 1917, 128 vH höher als 1913 und 154 vH höher als 1907. Die Wochenlöhne sind fast in dem gleichen Verhältnis gestiegen. Eine ähnliche Verbesserung ist bei der Arbeitszeit zu beobachten: Im Jahre 1924 waren die regelmäßigen (tariflich festgelegten) Arbeitsstunden 0,5 vH geringer als 1923, 4,6 vH geringer als 1917, 6,1 vH geringer als 1913 und 8,5 vH geringer als 1907. Die Steigerung des Lohnes sowie die Verkürzung der Arbeitszeit sind auch im Jahre 1925 weitergegangen, wie die Bruchstücke zeigen, die von der Ermittlung des Jahres 1925 von dem Washingtoner Arbeitsamt vor ein paar Tagen bekanntgegeben wurden. Bei einem Teil der Metallberufe sind in der weiter unten folgenden Statistik die Lohnzahlen für 1925 schon eingesezt.

Der europäische Gewerkschafter wird vielleicht wissen wollen, wie sich die Arbeitsbedingungen seiner nordamerikanischen Genossen seit dem Kriege geändert haben. Auf diese Frage läßt sich für die Gesamtheit der organisierten Arbeiter der Vereinigten Staaten leicht antworten mit den Zahlen von den Löhnen und der Arbeitszeit.

Jahr	Stundenlohn	Arbeitsstunden	Lohnsatz bei vollen Wochen
1913	100,0	100,0	100,0
1917	114,1	98,4	112,4
1924	287,9	98,9	214,8
1925	287,0	98,0	222,8

Demnach hat sich der allgemeine gewerkschaftliche Stundenlohn seit 1913 um 157 vH, der Wochenlohn um 122 vH erhöht und die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ist um 7 vH geringer geworden. Man hat sich freilich in den Vereinigten Staaten wie überall der Lebensunterhalt verteuert, so daß das leichte Bild, das die Lohnzahlen von der Lage der amerikanischen Gewerkschafter geben, verdunkelt wird. Indessen ist die Verteuerung des Lebensunterhalts nicht so groß, als man in Europa anzunehmen geneigt ist. Im Mai 1925 stand der amtliche Index für Lebensmittel auf etwas über 150. Dies würde bedeuten, daß seit 1913 der Lebensunterhalt um etwa 50 vH, der gewerkschaftliche Stundenlohn aber um 137 vH und der Wochenlohn um 122 vH gestiegen ist. Somit ist trotz der Verteuerung des Lebensunterhalts der Reallohn ganz beträchtlich gestiegen.

Die obigen Zahlen zeigen nur die Veränderungen des Lohnes und der Arbeitszeit der Gesamtheit der von der amtlichen Ermittlung erfaßten Berufe. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß bei den einzelnen Teilen dieser Gesamtheit, bei den verschiedenen Berufen die Veränderungen der Arbeitsbedingungen nicht gleichmäßig sind. Die Veränderungen bei der Gesamtheit der Berufe zu zeigen, würde mehr Raum beanspruchen, als hier zur Verfügung steht. Infolgedessen seien nur die Zahlen der wichtigsten Metallberufe untereinander gestellt.

Zusammenfassung der Metallberufe von 1924 (1913 = 100).

Berufe	Stundenlohn	Arbeitsstunden	Lohnsatz bei vollen Wochen
Elektriker, Installateure	220	98	218
Gasrohrlieger	202	97	198
Klempner	221	97	216
Dampfrohrlieger	201	97	196
Eisenkonstruktoren	203	98	200
Fabrik Schmiede	238	92	209
Kesselschmiede	215	96	211
Maschinenschlosser	212	99	199
Metallbrücker	247	89	224
Formen- und Kernmacher	236	88	208
Modellmacher	220	91	199

Mit diesen Zahlen ist jedoch erst wenig gesagt. Sie berichten wohl von den Veränderungen der Arbeitsbedingungen, aber sie sagen nichts über deren wirklichen Stand, das heißt, sie geben nicht an, wieviel Geld nun eigentlich die Stunde oder Woche bezahlt und wieviel Stunden den Tag oder die Woche gearbeitet wird. Und gerade dies wünscht der europäische Gewerkschafter zu wissen, damit er sich vergewissern kann, ob sein amerikanischer Kollege besser oder schlechter entlohnt ist.

Ehe wir mit der Wiedergabe der Geldlöhne beginnen, ist es nötig, ein paar Bemerkungen zu machen, damit die folgenden Lohnzahlen nicht unrichtig bewertet werden. Wie schon erwähnt, stützt sich die amtliche Erhebung auf die Lohnverträge der Gewerkschaften. Diese Verträge aber bestimmen nur den Mindestsatz des Lohnes und das Höchstmaß der täglichen oder wöchentlichen Arbeitszeit. Natürlich geht in vielen Fällen der Lohn über den tariflich festgelegten Mindestsatz und die Arbeitszeit unter das vertragliche Höchstmaß herab. Die glänzenden Abweichungen vom Tarif kommen aber in der amtlichen Statistik nicht zum Ausdruck, weil sie nur die allgemeine Regel berücksichtigen. Hätte sie diese Abweichungen in Rechnung gestellt, wären die Lohnsummen und die Arbeitszeit in der Statistik günstiger ausgefallen. Dann hat die amtliche Statistik nur die Zeilöhne in Betracht gezogen. In der Metallindustrie zum Beispiel ist die Arbeit weit verbreitet. Doch sind die Verdienste so vielfältig, daß sie statistisch kaum zu erfassen sind. Nur dort, wo ausschließlich in Arbeit gearbeitet wird und dessen Sätze im Tarif festgelegt sind, wurden sie von der Statistik verwendet. Mitin-

gibt die folgende Tafel, um es zu wiederholen, nur die tarifmäßigen Mindestsätze, nicht die tatsächlichen Verdienste wieder. Es sei noch erwähnt, daß alle Lohnverträge der amerikanischen Gewerkschaften die Bezahlung der überstunden festsetzen, und zwar muß hierfür als auch für die Arbeit an Sonn- und Festtagen der doppelte, meist der anderthalbfache, in vielen Fällen auch der zweifache Lohn entrichtet werden.

Es seien nun die tariflich festgelegten (Mindest-) Stundenlöhne und die (Höchst-) Arbeitszeit der Metallberufe von 1924 untereinander gestellt und dem die Lohnsätze von 1925 beigefügt, soweit sie schon vom Arbeitsamt bekannt gegeben wurden. Um einen Vergleich der Metallberufe mit der Gesamtheit der von der amtlichen Ermittlung erfaßten Gewerkschaften zu ermöglichen, sind am Ende der Aufstellung die Zahlen der Gesamtheit der von der amtlichen Ermittlung erfaßten Berufe angefügt.

Stundenlohn und Arbeitszeit

Berufe	Durchschnittliche		wöchentliche Arbeitszeit in Stunden	Von den Arbeitgebern arbeiten wöchentlich Stunden		
	1924	1925		44 und weniger	über 44 und unter 48	über 48
Elektriker, Installat.	5,04	5,98	43,9	97,8	2,0	0,7
Gasrohrlieger	5,25	5,87	44,0	100,0	—	—
Klempner (Tagelöhner)	4,03	3,99	44,6	84,9	—	15,1
Dampfrohrlieger	4,87	5,04	44,1	97,0	2,7	0,3
Eisenkonstruktoren	5,04	5,88	44,0	100,0	—	—
Fabrik Schmiede (Helfer)	3,84	3,57	44,0	100,0	—	—
Kesselschmiede	5,25	5,88	44,0	99,0	1,0	—
Fabrik Schmiede (Helfer)	3,99	—	44,5	87,0	—	13,0
Kesselschmiede	3,21	—	44,5	87,1	—	12,9
Kesselschmiede (Helfer)	3,59	—	46,4	49,8	—	49,6
Kupferschmiede	2,81	—	46,8	46,2	—	53,8
Maschinenschlosser	4,40	—	44,6	85,5	—	14,5
Metallbrücker	3,65	—	46,8	84,8	0,8	14,4
Formen, Eisen	3,86	—	47,4	23,9	—	76,1
Modellmacher	3,82	—	47,3	18,9	0,1	81,0
Aufzugbauer	4,82	—	45,7	62,8	0,6	36,6
Maschinisten, Aufzüge	5,25	5,50	44,1	98,8	—	1,2
Maschinisten, Aufzüge	5,08	5,29	44,1	97,7	—	2,3
Gesamtheit aller Berufe	4,32	—	45,9	70,1	2,5	27,4

Auf Grund der obigen Zahlen können unsere europäischen Kollegen Vergleiche ziehen und den amerikanischen Arbeitsbedingungen anstellen. Da sich diese Angaben nur auf die organisierten Leute, also auf den Teil der amerikanischen Metallarbeiter beziehen, der vermöge seiner Organisation sich gute Arbeitsbedingungen errungen hat, so ist die Frage berechtigt, wie es mit dem Lohn und der Arbeitszeit der großen Masse der Unorganisierten bestellt ist. Hierauf ist zu sagen, daß die Lohnsätze der Gewerkschaften in Nordamerika nur für die organisierten Betriebe gelten. In diese Betriebe kommen nur Leute hinein, die einer Gewerkschaft angehören oder sich gleich bei Arbeitsantritt in die Gewerkschaft aufnehmen lassen. Wie die Leute in den unorganisierten Betrieben bezahlt werden, kümmert den amerikanischen Gewerkschafter meist nicht. Die Folge ist, daß die Unorganisierten in der Regel schlechter entlohnt sind und auch länger arbeiten müssen. Doch will es scheinen, als ob der Unterschied in den Arbeitsbedingungen der organisierten und der unorganisierten Betriebe die letzten Jahre geringer geworden sei. Die erhebliche Abnahme des Zustromes von Arbeitern von dem „rückständigen Europa“ und noch andere Umstände mögen dazu beitragen; dann allerdings auch die Befürchtung der Unternehmer, die Gewerkschaften könnten zu stark werden. Diesem Grund ist es sicherlich in hohem Maße zuzuschreiben, daß eine Reihe von Unternehmern die Arbeitsbedingungen freiwillig verbessern, ja hie und da geht ein Unternehmer mit seinen Angehörigen noch über die Arbeitsbedingungen der Gewerkschaft seines Berufes hinaus. Doch sind das natürlich Seltenheiten. Im allgemeinen muß gesagt werden, daß die Nichtorganisierten schlechter entlohnt werden und länger arbeiten müssen als die Organisierten. Der Beitrag in die Gewerkschaftskasse trägt eben auch in Nordamerika reichlich Zinsen.

## Pressefreiheit in Italien

Eine der letzten Früchte des faschistischen Gesetzgebungsweites ist das Gesetz über die Presse. Es bestimmt, daß jede Zeitung oder Zeitschrift einen verantwortlichen Direktor haben muß. Ist der Direktor ein Senator oder ein Abgeordneter, so hat einer der Hauptredakteure verantwortlich zu zeichnen. Direktoren oder verantwortliche Redakteure bedürfen der Genehmigung der Oberstaatsanwaltschaft. Die Genehmigung kann verweigert oder zurückgezogen werden, wenn die Betreffenden zweimal wegen Pressevergehens bestraft worden sind. Mit der Einrichtung des Gesetzes um die Genehmigung des verantwortlichen Direktors oder Redakteurs muß der Drucker ein genaues Verzeichnis der Zahl der Exemplare überreichen. Die Zahl der Exemplare und die Leistung von Schadenersatz usw. sowie die Zahlung ausfallender Prozesskosten im Falle der Verurteilung wegen Pressevergehens verantwortlich und haften hierfür mit den Maschinen, den Schriften und sonstigen Gegenständen der Druckerei. Von dieser Haftung können sich Eigentümer durch Hinterlegung einer Kaution befreien, deren Höhe von Fall zu Fall am Beginn jedes Jahres durch den Gerichtspräsidenten des betreffenden Bezirks festgesetzt wird.

Man sollte meinen, daß diese Bestimmungen erschöpfend genug sind, um das Weiterbestehen oder die Neugründung antifaschistischer Zeitungen und Zeitschriften unmöglich zu machen. Aber die faschistischen Gesetzgeber streben Vollkommenheit an und wollen auch die letzte Gesetzesmaße, durch die eine dem Faschismus nicht beliebte Meinung in die Öffentlichkeit bringen könnte, verstopfen. Deshalb bestimmt das Pressegesetz in seinem vorletzten Paragraphen, daß ein „Journalistenorden“ errichtet wird, der Verzeichnisse aufstellen und diese bei den Kreisämtern der Berufungsgerichte hinterlegen muß. Die Ausübung des Journalistenberufes wird nur denen gestattet, die in diesen Verzeichnissen eingetragen sind. Die Normen für diese Einschreibung werden durch ein besonderes Gesetz festgesetzt.

Dieses Journalisten-Pressegesetz dürfte ungefähr die vollständigste Einschreibung darstellen, die bisher ein Reichshaber ausgenommen und im Paragraphen gebracht hat; denn daß die praktische Wirkung nichts anderes bedeutet als die völlige Beseitigung jeder nicht antifaschistischen, sondern jeder nicht faschistischen Schrift überhaupt, darüber kann kein Zweifel aufkommen. Man geht wohl auch nicht fehl, wenn man in dem vor kurzem erfolgten Verbot der bürgerlichen bürgerlichen Oppositionsblätter Stampa und Corriere della Sera eine erste Wirkung des neuen Pressegesetzes sieht.

Die meisten Gemüths bereitet dieses Gesetz natürlich der italienischen Arbeiterbewegung. Ihr wird hierdurch jede Ausbreitung so gut wie unmöglich gemacht. In diesem Zustand ist man in Italien seit dem Beginn der Zeit Mussolinis zwar gewöhnt, aber das neue Pressegesetz bedeutet doch einen Schritt mit dem früheren Zustand. Denn während früher die faschistischen Überfälle und Verdrängungen von Arbeiterzeitungen der Form nach wenigstens noch ein Bergehen und Berühren waren, sind sie heute verächtlich, das heißt in ein faschistisches Regierungssystem eingebettet.

## Reichskonferenz für Autogenschweißer

Das Autogenschweißverfahren weist eine stark steigende Entwicklung auf. Die Zahl der diesen Beruf ausübenden Verbandsmitglieder nimmt ständig zu. Der Verbandsvorstand hat deshalb die besonderen Verhältnisse des Berufs durch eine Erhebung erfaßt und das Ergebnis in einer Schrift, in der auch die bisher erlassenen Schutzbestimmungen enthalten sind, den Mitgliedern und der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht. Die Schrift hat starken Absatz gefunden. Zum 24. Januar war vom Verbandsvorstand für die im DWA organisierten Autogenschweißer eine Reichskonferenz nach Leipzig einberufen. Sie war von 42 Vertretern aus allen Bezirken des Reiches besetzt. Kollege Brandes (Stuttgart) gab eine Übersicht über die vom Vorstand für die Autogenschweißer bisher unternommenen Schritte.

Den technischen Teil der Beratung der Konferenz behandelte Professor Richter von den technischen Lehranstalten in Hamburg, der seinen Vortrag über „Die Entwicklung der Autogenschweißung, ihre Gefahren und deren Verhütung“ durch Lichtbilder und Versuche unterstützte. Herr Richter gab zunächst eine Übersicht über die verschiedenen Arten der Schweißung und ihre Anwendung, erläuterte dann die einzelnen Teile der Apparate und besprach schließlich die Ursachen von Explosionen und anderen Gefahren, die mit der Autogenschweißung verbunden sind: Undichte Apparate, ungenügende Reinigung der Apparate, besonders der Brenner, Verschmutzung der Apparate durch Öl oder Fett, Schläge und Stöße gegen die Apparate, Aufhauen der Apparate mittels Flamme, Wassermangel im Acetylenbehälter, aber auch Gase und Dämpfe durch Verbrennen des Acetylenbehälters und Schmutzes an den Arbeitsflächen, Verbrennen der Körperkleidung und Schädigung des Augensichts. Der beste Schutz gegen die Gefahren beim Schweißen sei die Auffklärung und Durchbildung aller Personen, die an dem Verfahren beteiligt sind. Die Konferenz dankte dem Redner für seinen Vortrag durch lebhaften Beifall.

An dem Vortrag schloß sich eine mehrstündige Aussprache an, woran sich die Kollegen Seibel (Leipzig), Käfer (Karlsruhe), Junter (Höchst), Seemann (Berlin), Fahl (Brandenburg), Rippmann (Chemnitz), Gache (Hannover), Wiener (Breslau), Eising (Erlangen), Möbius (Dessau), Marunde (Berlin), Roth (Stuttgart) und Madle (Kiel) beteiligten. Die Redner warfen zum Teil Fragen auf, die durch den Vortrag nicht erfaßt waren. Herr Professor Richter beantwortete sie nach jedem Redner in eingehendster Weise. Der Vorsitzende, Kollege Brandes, sprach am Schluß dieses Verhandlungsteils unter lebhafter Zustimmung der Konferenz den Dank für diesen außerordentlich lehrreichen Vortrag aus und bat Herrn Richter, auch künftig den Verband in seinem Bestreben zu unterstützen, die Gefahren dieses Berufs zu bekämpfen bzw. zu beseitigen.

Der soziale Teil der Verhandlungen wurde vom Kollegen Brandes eingeleitet, der die Mißstände im Beruf besprach, die um so größer, je schlechter die Kollegen gewerkschaftlich organisiert sind. Erleichtert der Schweißer bezw. der Betriebsrat die Abstellung von Mißständen nicht, so muß die Ortsverwaltung des Verbandes benachrichtigt werden, die, wenn nötig, unter Benützung der Presse für Abhilfe sorgen werde. Der Vorstand werde das einlaufende Material zum Ausbau der Schutzbestimmungen verwenden, auch für die Ausbildung der Berufsangehörigen die nötigen Einrichtungen fordern. An der Aussprache beteiligten sich wieder eine große Zahl Vertreter. Das Ergebnis der Aussprache war die Aufstellung folgender Forderungen:

1. Errichtung von Schweißschulen unter staatlicher Leitung.
2. Staatliche Prüfung aller mit der autogenen Metallbearbeitung beschäftigten Personen. Beteiligung von Vertretern der organisierten Arbeiterschaft an der Prüfungskommission.
3. Verbot der Beschäftigung von Personen, die eine Prüfung nicht abgelegt haben.
4. Verbot der Verwendung jugendlicher Personen unter 16 Jahren bei der autogenen Metallbearbeitung.
5. Gewerbeaufsicht durch Sachleute, insbesondere Kontrolle, daß die gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften eingehalten werden; genügend Ventilation vorhanden ist; zur Vermeidung von Brand- und Unfallgefahren genügend Zwischenräume zwischen den Arbeitsplätzen der beteiligten Personen bleiben; die Apparate in frostfreien Räumen stehen; die Anlagen mindestens zweimal im Jahr geprüft werden; Willen, Hand- und Handschuhe, Schützen und Feuerlöschmaterial vorhanden ist; dergleichen Gesichtsmasken bei Verarbeitung von Metallen und Arbeitsstoffen, die giftige Gase entwickeln.
6. Lieferung von Milch zur Verhütung von Erkrankungen bei den letztgenannten Arbeitern; Lieferung von Seife zur Reinigung der Hände bei Verschmutzung von Öl und Fett usw.
7. Aufnahme der Berufskrankheiten der Schweißer an Augen und Umgebungsorganen in die Liste für Berufskrankheiten, welche der Unfallversicherung unterstellt sind.
8. Anerkennung der geprüften Schweißer als gelernte Arbeiter und entsprechende Behandlung beim Abschluß von Löhnen usw.
9. Bis zur Durchführung der geforderten Schweißschulen aufzufüllende Vorträge in den großen Verwaltungsstellen durch die Verbandsorgane.

Eine Kommission, bestehend aus den Kollegen Seemann und Marunde (Berlin), Gache (Hannover) und Madle (Kiel), soll dem Vorstand bei Durchführung vorstehender Forderungen behilflich sein.

Am Schluß der Konferenz wies der Vorsitzende auf die für die Arbeiterklasse so ernste Zeit hin, in der sie sich befindet. Massenarbeitslosigkeit und Massenkurzarbeit, verursacht durch das Vorgehen vieler Unternehmer, diese Krise zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu benützen. Das erfordert von der Organisation gewaltige Mittel für die Kämpfer und die arbeitslosen Kollegen. Es sei eine Schande, daß dennoch Metallarbeiter außerhalb des DWA stehen und diesem die Arbeit für die Metallarbeiter erschweren. Die Pflicht der Vertreter sei, die Unorganisierten für den Verband zu gewinnen.

## Konferenz des Essener Bezirkes

Diese Funktionär- und Betriebsrätekonferenz, die am 24. Januar in Duisburg stattfand und von 250 Kollegen besucht war, hatte der Zweck, Stellung zur Wirtschaftskrise, Erwerbslosen- und Kurzarbeiterfrage zu nehmen. Der Kollege Dismann behandelte die Ursachen und Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Das Ruhrbecken leide ganz besonders unter dem wirtschaftlichen Niedergang, seien doch in der ersten Januarwoche in dem Bereich der Verwaltungen des Essener Bezirkes 138 720 Erwerbslose gezählt worden, worunter etwa 41 000 Metallarbeiter, wozu noch 15 000 Kurzarbeiter kommen. Verzerrung, Kriegslasten, Steuerdruck, technischer Stillstand, Absatzschwierigkeiten, Arbeitslosigkeit usw. seien die Folgen der Nachkriegs- und Inflationszeit. Das Unternehmertum belege sich über zu hohe Steuerlasten. Es habe unter der Regierung Cuno sein Heil in der Inflation gesucht, anstatt damals schon durch Aufführung von Steuern durch den Besitz der Vermögensverfall zu verhindern. Vielmehr seien förmliche bürgerliche Parteien bemüht, alle das Abel mit seinen entsetzlichen Auswirkungen auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Ebenso verhielten sich die bürgerlichen Parteien bei den berechtigten sozialistischen Forderungen nach Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung und Erhöhung der Unterstützung für Erwerbslose. Und just diese Zeit bemühen die ehemaligen Fürsten mit ihrem zweifelhafte Anhang, das Volk um Hunderte von Millionen zu brandschöpfen.

Mit großem Beifall wurde die Mitteilung aufgenommen, daß zwischen den beiden Arbeiterparteien ein Abkommen getroffen sei, einen Gesekentwurf einzubringen, der die entschädigungslose Enteignung der Fürsten vorsehe und den Volkswortführer verlangt. Eine im gleichen Sinne eingetragene Entschädigung wurde einstimmig angenommen. Dergleichen begrüßt die Versammlung in einer einstimmig angenommenen Entschließung den vom Vorstand des DWA an die Regierung eingebrachten Antrag bezüglich Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge und den übrigen 11 Punkten. Dem Vortrag des Kollegen Dismann folgte eine sachliche und ausgiebige Aussprache. Der Kollege Brandes schloß die recht gut verlaufene Konferenz mit dem Hinweis, das Gehörte für den Verband zu verwenden.



### Aus dem Reichstag

Was lange währt, muß nicht immer gut sein. Das bestätigen die letzten Vorgänge im Reichstage. Seit Anfang Dezember vorigen Jahres haben wir nur eine geschäftsführende Regierung, also eine Regierung ohne Verantwortlichkeit dem Parlament gegenüber, seit Oktober aber schon durch die Flucht der Deutschnationalen aus der Verantwortung eine Regierungskrise. Alle Versuche, eine auf eine feste Mehrheit sich stützende Regierung ohne die Deutschnationalen zustande zu bringen, sind gescheitert. Auch die jetzige Regierung der Mitte ist keine Lösung. Kein ernsthafter Politiker wird nach dem Scheitern der großen Koalition und nach der Ablehnung des Abgesandten Koch aus der Regierung der Mitte durch die Bayerische Volkspartei allzu große Hoffnungen auf eine Klärung der politischen Lage in Deutschland gehabt haben. Aber selbst die geringen Hoffnungen sind durch die am 26. Januar nun endlich gegebene Regierungserklärung getrübt worden. Diese Erklärung hatte wohl den Vorzug größerer Klarheit. Dieser Vorzug wurde aber aufgehoben durch ihre geradezu vollkommene Inzuchtlosigkeit. Die Fragen, deren Klärung die Krise entlasten war und die das „Prinzip“ unserer heutigen Politik sein sollen und sind, bleiben in der Regierungserklärung ungelöst. Die Regierung will zwar die Politik der Locarno-Verträge fortsetzen, schweigt sich aber in allen Weltsprachen darüber aus, wann und in welcher Zeit das geschehen soll. Die Durchführung der Locarno-Verträge hat den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund zur Voraussetzung. Wann sie diese Voraussetzung erfüllen will, darüber sagt die Regierung nichts.

Wie auf dem Gebiet der Außenpolitik ist auch die Stellung der Regierung zu der Innenpolitik schleierhaft. Keine bestimmte Zusage in den lebenswichtigen Fragen. Wirtschaftskrise, Preissteigerung, Arbeitslosenproblem sind Dinge, die zwar behandelt werden, aber in einer so unbestimmten Weise, daß sich nichts damit anfangen läßt. Ein Gefühl der Unsicherheit auf allen Gebieten. Genaß wird man dem Reichstagsler Kutler durchaus Recht geben können, daß nach dem Scheitern der großen Koalition, die vielleicht eine tragfähige Regierungsmehrheit hätte schaffen können, als einzig mögliche parlamentarische Regierung die der Mitte blieb. Diese ist aber eine Regierung der Minderheit und als solche auf die Unterstützung der außerparlamentarischen Parteien angewiesen. Diese bilden aber die überwiegende Mehrheit von 321 zu 171 Abgeordneten der Regierungsparteien, und darin liegt ihre Schwäche. Hinzu kommt aber noch die Zusammenfassung dieser Regierungsgemeinschaft an sich. Republikaner, Verfassungspolitiker und Monarchisten, Einheitspartei, Bundespartei bis zu ausgesprochenen Partikularen stellen die Schattierungen auf politischem Gebiet dar, während alle diese Parteien neben Schulz, Jahnke, neben Sozialreformern deren Gegenpole aufweisen.

Nicht unwahrscheinlich ist, daß die Dinge anders gelaufen wären, wenn der Kungler schon im Oktober v. J. nach dem Ausbruch der Deutschnationalen aus der Regierung die Vertrauensfrage für das Kabinet gestellt hätte. Daß er sie heute für die Minderheitsregierung stellt, weist den Verdacht, daß es ihm weniger um Regierung als um den Beweis für die Unhaltbarkeit des parlamentarischen Systems zu tun ist. Sei dem, wie ihm wolle, soviel steht jedenfalls fest, daß die Regierungskrise heute noch nicht als gelöst zu betrachten ist. Es ist unmöglich, der Vergangenheit nachzugehen und müßig Zukunftswünsche zu machen. Jetzt kommt es für die beteiligten Parteien vor allem darauf an, der äußerlich schwachen Regierung zunächst das Gelingen zu ermöglichen. Daß das Gelingen bei der Zusammenfassung der Regierung mit ein vorzügliches Laufen sein kann, versteht sich am Rande. Von der Sozialdemokratischen Partei, die die Beteiligung an der großen Koalition wegen Mangel an Vertrauen zu den sie bildenden Parteien abgelehnt hat, wird man nicht verlangen können, daß sie einer Regierung aus diesen Parteien Vertrauen entgegenbringt. Sie wird in diesem Falle Unhaltbarkeit über. Das hat sie natürlich gleich bei der ersten Abstimmung über diese Regierung, bei der Vertrauensfrage getan. Dem Kabinet wurde das Vertrauen mit 160 gegen 150 Stimmen bei 131 Enthaltungen ausgedrückt. Nur 10 Stimmen Mehrheit für die Regierung — das läßt sich wahrscheinlich nicht mit Erfolg beibehalten.

### Die Wahl des Betriebsobmanns

In Gegenstand zu dem Verfahren für die Betriebsratswahl ist das Verfahren für die Wahl des Betriebsobmannes ein vereinfachtes. In Betrieben, die in der Regel weniger als zwanzig, aber mindestens fünf beschäftigte Arbeitnehmer beschäftigen, von denen mindestens drei nach den §§ 20 und 21 wählbar sind (über 24 Jahre alte Reichsdeutsche, die am Wahltag sechs Monate dem Betrieb sowie mindestens drei Jahre dem Gewerbebezirk angehören; sind nicht genügend solcher Arbeiter im Betrieb vorhanden, so kann von diesen Ersatzwahlen abgesehen werden), ist ein Betriebsobmann zu wählen (§ 2 Abs. 1 BetrO). Der Betriebsobmann wird von den wahlberechtigten (das heißt am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendenden) Arbeitnehmern des Betriebes aus ihrer Mitte in geheimer Wahl mit einfacher Stimmenmehrheit auf die Dauer von einem Jahr gewählt. Die Wahl ist zulässig, auf die Wahl des Betriebsobmannes finden die §§ 20 und 21, bis 25 entsprechende Anwendung, jedoch § 23 mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Wahlvorstandes ein Wahlleiter tritt und die vorstehende Fassung des § 23 Abs. 1 auf eine Woche abgeändert wird (§ 58 BetrO).

Der § 23 Abs. 1 BetrO handelt davon, daß der Betriebsrat spätestens vier Wochen vor Ablauf seiner Wahlzeit mit einfacher Stimmenmehrheit einen aus drei wahlberechtigten bestehenden Wahlvorstand und einen der Geschäften zum Vorsitzenden zu wählen hat. In Gegenstand hierzu bestimmt der § 58 BetrO für die Wahl des Betriebsobmannes, daß an die Stelle des Wahlvorstandes ein Wahlleiter tritt und die Wahl dieses Leiters bis spätestens eine Woche vor Ablauf der Wahlzeit des Betriebsobmannes vorgenommen sein muß. Die für die Wahl der Betriebsratsmitglieder erlassene Vorschrift hat nur insoweit Geltung, als daß für die Wahl des Betriebsobmannes nur § 34 der BetrO bestimmt ist. Er lautet: Der Betriebsobmann wird nach der Leitung des abgewählten Arbeitnehmers des Betriebes als Wahlleiter in geheimer Wahl (Stimmzettel) nach dem Grundsatz der Mehrheit gewählt. Bei Gleichzeitigkeit entscheidet das Los.

Die §§ 19, 20, 21 Abs. 1 und 2 finden entsprechende Anwendung. Das sind zwei Betriebsobmann zu wählen (siehe § 2 Abs. 2 BetrO), so ist Wahlleiter je der älteste Arbeitnehmer der Gruppe. Von der Bestimmung der Wahlzeit findet also nur bei einer Aufhebung der Wahl die oben angegebenen §§ 19, 20 und 21 Abs. 1 und 2 entsprechende Anwendung.

Auf die Geschäftsprüfung des Betriebsobmannes finden die §§ 23, 25 und 37 BetrO Anwendung. Der Betriebsobmann vertritt seine Wahlberechtigten gegenüber dem Arbeitgeber, hat dem Arbeitgeber Einsicht in die Bücher und den Rechnungsbuch (§ 23 BetrO). Ferner hat der Betriebsobmann die Aufgabe, die Einhaltung der Bestimmungen der Betriebsverträge zu überwachen, die dieser Verpflichtung gegenüberstehen, hat nach § 35 BetrO, die Einhaltung der Bestimmungen der §§ 19 bis 29 BetrO zu überwachen und die Einhaltung der Bestimmungen der §§ 19 bis 29 BetrO zu überwachen.

Auf die Geschäftsprüfung des Betriebsobmannes finden die §§ 23, 25 und 37 BetrO Anwendung. Der Betriebsobmann vertritt seine Wahlberechtigten gegenüber dem Arbeitgeber, hat dem Arbeitgeber Einsicht in die Bücher und den Rechnungsbuch (§ 23 BetrO). Ferner hat der Betriebsobmann die Aufgabe, die Einhaltung der Bestimmungen der Betriebsverträge zu überwachen, die dieser Verpflichtung gegenüberstehen, hat nach § 35 BetrO, die Einhaltung der Bestimmungen der §§ 19 bis 29 BetrO zu überwachen und die Einhaltung der Bestimmungen der §§ 19 bis 29 BetrO zu überwachen.

### Klassenjustiz und Klassenhaß

Die Regierung und die Justiz Bayerns stehen in der ganzen Welt in besonderem traurigen Ruf. Verständlich. In diesem deutschen Lande finden Hoch- und Landesverrat, gaffliche Aufnahme, Verbrechen gegen Staat und Mensch werden hier von den Gerichten äußerlich nachsichtig beurteilt, wenn der Urheber nationalstiller oder republikanischer Bestimmung ist. Der Gipfel bayerischer Justiz stellt wohl die Freisprechung der Mörder der zwölf Perlach'schen Arbeiter dar. Weswegen wurden die zwölf Männer gemordet?

Am 1. Mai 1919 zogen sogenannte Regierungstruppen, vom Volksmund „weiße Garde“ genannt, auf München zu, um hier den Rest der bayerischen Republik zu stürzen. Die Soldaten, meist junge Leute, sind durch tolle Gerüchte über Blutbäder in München aufgeregelt. Ein Teil dieser Truppe, das Litkowski'sche Freikorps, kommandiert nach Perlach, einem kleinen Vorort Münchens. Der Stab quartiert sich im protestantischen Pfarrhaus ein. Kein Widerstand ist beim Einzug geleistet worden. Die Arbeiter haben bereits am Tage vorher ihre Waffen abgeliefert. Alles ist ruhig. Am andern Tag marschiert die Truppe weiter nach München. Ein paar nicht gerade schmeichelhafte Bemerkungen über die besonders zur Schau getragene Gastfreundschaft, die die Frau des protestantischen Pfarrers zu hören bekommt, veranlassen diese, an die abmarschierende Truppe zu telefonieren, „in Perlach seien Unruhen ausgebrochen“. Infolgedessen kehrt am Nachmittag des gleichen Tages eine Abteilung unter Führung eines Leutnants und Feldwebels wieder zurück und besetzt Perlach. Die Führer holen sich nähere Auskunft im Pfarrhaus und bei der Ortsbehörde und empfangen eine Liste mit Namen angeblicher Ruchselbster.

Jetzt beginnen die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Zwei Männer werden nach am gleichen Abend festgenommen, weitere zehn holt man am folgenden Morgen aus den Betten. Lauter Arbeiter, lauter Familienväter! Trotz ihrer Verurteilungen, keine feindselige Handlung begangen zu haben, werden die zwölf nach München ins Stabsquartier der Truppe abgeführt. Einer wird nach der Einlieferung sofort erschossen; er soll noch am 30. April eine Ortsgruppe der USP gegründet haben. Einige Stunden später folgen die anderen. Zu zweit werden sie niedergeknallt, ohne Untersuchung, ohne Verfahren.

Ergebnis: Zwölf Frauen beklagen den Tod des Ernährers und 52 Frauen weinen um die ermordeten Mütter.

Unter den Soldaten, die sich freiwillig zur Vollstreckung des Todesurteils gemeldet haben, befindet sich auch ein Fünfzehnjähriger, ein Kind. Wahnsinn!

Nach Wiedereintritt geordneter Verhältnisse verlangt die Leitung der sozialdemokratischen Partei Münchens dringende eine Untersuchung des grameschändlichen Mordes und Bestrafung der Täter. Umsonst. Die Täter sind angeblich erschunden. Auf wiederholtes Drängen werden sie nach vier Jahren gefunden. Auch die Mörder sind inzwischen festgenommen worden. Es dauert aber noch weitere drei Jahre, bis man endlich das Verfahren eröffnet.

Die Angeklagten, der Leutnant Bötzig und der Feldwebel Präfert, hatten sich am 12. Januar 1926 (nach sieben Jahren) vor dem Schwurgericht München zu verantworten. Der Leutnant schiebt alles auf seine Borgehörden. Der Feldwebel, ein vielfach vorbestrafter Mensch, der zurzeit 8 Monate Gefängnis wegen Diebstahl verbrüht, bekennt sich auf seinen Befehl.

Das sind die Männer, die zwölf brave Familienväter mordeten. Warum? Weil sie Mitglieder der sozialdemokratischen Partei waren. Die Untersuchung ergibt die vollständige Unschuld der Erschlagenen. Der Staatsanwalt beantragt 12 Jahre Zuchthaus wegen Mordschlag. Das Gericht aber spricht die Angeklagten frei mit Überbürdung der Kosten auf die Staatskasse. Begründung: Die Angaben der Angeklagten, daß sie zu ihrer Tat infolge des verschärften Schießerlasses berechtigt gewesen seien, erscheinen glaubhaft.

Vor dem Schwurgerichtssaal prustet sich eine Menge von Hakenknauern, Reaktionären und gleichzeitigen Scheinmännern. Sie entspringen das Urteil mit Hochrufen — in Gegenwart der Angeklagten der genannten Arbeiter. Die Sprache ist so arm, um solche Gefühllosigkeit pöbelhaft auszudrücken. Da wüßte man der Arbeiterklasse vor, sie treibe Klassenhaß!

### Beendigung des Konfliktes in der Schwarzwälder Uhrenindustrie

Der Konflikt, worüber in Nr. 3 der MZ berichtet wurde, hat sein Ende gefunden. Der am 22. Dezember gefällte Schiedsspruch, der einen Lohnabbau in der Spitze von 2,5 und eine Minderung der Abkürzung um 3 vH vorschlug, wurde einstimmig von dem Arbeitgeberverband abgelehnt, weil er ihren Wünschen, die auf 10 vH Lohnabbau und 6 vH Abkürzung in nichtlebenden Betrieben und Abteilungen 10 vH gingen, nicht Rechnung trug.

Die Arbeiterschaft hatte zu dem Schiedsspruch am 27. Dezember Stellung genommen und ebenfalls einstimmig den Schiedsspruch abgelehnt. Von den Organisationsleitungen waren Weisungen herausgegeben, daß die Betriebsvertretungen bei Wiedereröffnung der Betriebe nach Beibehaltung sofort an die Fabriksenden herantreten und fragen sollten, zu welchen Bedingungen sie arbeiten sollen. Beiraten die Fabriksenden, daß sie den von ihnen diktierten Bedingungen gearbeitet werden soll, sollte die Arbeit verweigert werden. Dies ist geschehen, was am 4. Januar 1926 zu Arbeits einstellen in Müllingen, Schwarzenau und Scharbach führte.

Infolge der darauffolgenden Woche erfolgte die Kündigung weiterer Arbeiter in Schwenningen, die dann für Schwenningen die Verkörperung der Ausproberung machte. Folgendes wurde in den Betrieben angekündigt:

**Bekanntmachung.**  
Ortsfremden Einflüssen erlegend, hat in vollständiger Bekanntheit der wirtschaftlichen Lage eine unheilbare Minderheit die Belegschaft der Uhrenfabrikanten A. G. in Schwenningen in der Teilweise getrieben und dadurch die Weiterführung des Betriebes unmöglich gemacht.

Ins diesem Grunde seien sich die Mitglieder der Ortsgruppe Schwenningen des Verbandes der Uhrenindustrie aus Gründen der Solidarität notwendig, ihre Belegschaft auf Samstag den 16. d. M. 2. zu kündigen.

Die Kündigung wird in dem Augenblick zurückgezogen, in dem eine restlose Wiedereinnahme der Arbeit in sämtlichen Betrieben der Ortsgruppe Schwenningen und den übrigen Verbandsfirmen erfolgt ist. Einzelverhandlungen finden vorher nicht statt.  
Schwenningen, den 9. Januar 1926.

Wichtigste waren vom Reichsarbeitsministerium die Parteien zu Verhandlungen nach Berlin gehen. Die Unternehmer lehnten es ab, bei Einleitung Folge zu leisten, weil in einigen weiteren Orten Arbeitsverhältnisse erfolgt waren. Für diese Arbeitsverhältnisse werden die Organisationsleitungen notwendig gemacht. Infolgedessen hat die Kuppelung in Schwenningen erfolgt, so daß an Schwenningen und Umgebung etwa 1000 im Kampf standen. Die Kuppelung der restlichen 1000 Arbeiter sollte am 22. und 23. Januar erfolgen.

In dieser Lage kam eine erneute Einleitung des Reichsarbeitsministeriums. Diese Verhandlungen fanden am 19. Januar in Berlin statt, führten aber zu keinem Ergebnis, jedoch kam zu dem Zweck die Betriebsabteilung des am 22. Dezember gefällten Schiedsspruches durch den Reichsarbeitsminister erzwungen, obwohl in diesem Falle beide Parteien, Unternehmer und Arbeiter, den Schiedsspruch abgelehnt hatten. Damit war der Konflikt in der Uhrenindustrie des Schwarzwäldes beendet. Es wurden sofort die Kündigungen von den Fabriksenden zurückgezogen.

Es ist jedoch, als ob neue Konflikte entstehen würden, weil in Bezug auf die Wiedereinnahme von dem Unternehmer große Schwierigkeiten gemacht werden und geschäftliche Verhandlungen notwendig waren. Durch solche Verhandlungen sind in diesem Falle die Schwierigkeiten beseitigt worden, so daß wohl allgemein am 1. Februar mit der Wiedereinnahme der Arbeit begonnen werden kann.

### Sublarfeiern

Die Weyreuther Verwaltung ehrte gleichfalls am 23. Januar die alte Garde, womit das 31. Stiftungsfest der Ortsgruppe verbunden war. Die Festrede hielt Kollege Aeneiter von der Nürnberger Ortsleitung. Er überreichte den sieben Jubilaren eine Ehrenurkunde mit Musikvorträgen, einem Theaterstück und einem Lang wurde denkwürdige Veranstaltung belebt.

In Esswig (Anhalt) wurde der Kollege A. Frenkel zum 25. Geburtstag wegen ihrer 25jährigen Zugehörigkeit zum DMB gedenkt. Kollege Frenkel feierte die Jubilare in einer Weise, die Er wies darauf hin, daß die beiden Kollegen schon in jugendlichen Jahren in den Verband gekommen seien, so daß sie der heutigen Arbeiterjugend zum Vorbild dienen könnten. Die Feier wurde belebt durch musikalische und gesangliche Darbietungen.

In Würzburg fand die Ehrung der 15 Jubilare am 23. Januar statt. Der Vorkantor überschonte die Feiern durch Nieder, der Jugendgenosse Erich Biedert durch einen Prolog. Kollege Schreiber sprach namens der Ortsverwaltung deren Entwicklung und dankte schließlich den Jubilaren für ihre in guten wie in schweren Tagen bewiesenen Treue. Nachdem den Allen Gebührende überreicht worden waren, dankte für die Jubilare Kollege Köh in bewegten Worten für die Ehrung.

**Boycott der Siemens-Schudert-Werke aufgehoben.** Nach einer Mitteilung der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften Jlands vom 18. Januar ist der Boykott der Baustelle des Elektrizitätswerkes in Zimmerau am Shanonfluß aufgehoben worden. Es steht nun die Arbeitsaufnahme von Mitgliedern unseres Verbandes bei der ausführenden Firma Siemens-Schudert (Berlin) nichts mehr in der Wege — Die irdische organisiert: Arbeiterchaft dankt den deutschen Gewerkschaften für die Unterstützung.

**Ausstellungen von Erfindungen und Neuheiten.** Der deutsche Erfinder-Schutzverband e. V. in München veranstaltet während den kommenden Messen in Leipzig und Frankfurt Ausstellungen von Erfindungen und Neuheiten, die allen Erfindern Gelegenheit bieten, ihre Schutzrechte ohne große Kosten zu verkaufen. Für ältere, vollständige Mittel- und arbeitslose Erfinder sowie Kriegsbeschädigte steht gegen eine entsprechende beschränkte Vergütung eine beschränkte Anzahl ganze oder halbe Freipässe zur Verfügung. Die Anmeldung muß sofort erfolgen, da andernfalls die ausgestellten Gegenstände nicht mehr in Ausstellungsstatokal aufgenommen werden können. Ausstellungsbedingungen kostenlos, Fragebogen über die Befähigung (Vermögenszeugnis) gegen Rückporto durch die Geschäftsstelle des Verbandes, München, Falkenstr. 15 b.

### Schriftenschau

**Blutjunge Welt und Gefänge der Zeit.** Zwei Werke von Bruno Schönau. Jedes Heft ist 32 Seiten stark und kostet 70 S. E. Laubische Verlagshandlung G. m. b. H., Berlin W 30. — Bruno Schönau's Name kann heute nicht mehr übersehen werden, wenn von zeitgenössischer Lyrik die Rede ist. Echtheit des Ausdrucks und Unmittelbarkeit des Gefühls verleihen seinen Versen eine Melodie, die haften bleibt und ergreift.

**Volk von morgen.** Der Hamburger Reichsjugendtag der deutschen Arbeiterjugend, von ihr selbst erzählt. Illustriert, 112 Seiten, Preis 2 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin, SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. — „Laden links.“ Republikanisches, politisch-satirisches Witzblatt. Erscheint wöchentlich. Preis des Einzelheftes 20 S. Alle Postämter, Buchhandlungen und der Verlag J. S. B. Dieß Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 3, nehmen Bestellungen entgegen.

**Die Deutschrakete.** Humoristisch-satirisches Monatsheft. Die Schrift erscheint die Leser mit einer scharfen Satire der Dunkelkammer aller Konfessionen. Die Zeitschrift „Nicht über Land“ bringt eine Anzahl Abbildungen aus der Arbeiter- und Freiheitsbewegung. Preis des Heftes 3 M. Verlag Biehl, IV. Bezirk, Ritterstr. 3 a.

Die Gewinabelenmacherer artet wieder einmal arg aus. Während der Inflation ging sie mächtig in die Höhe, dann flaute sie wieder ab, jetzt ein paar Monaten wird sie wieder lebhaft betrieben, und eine weitere Verschlimmerung ist mit zunehmendem Frühlingswetter zu befürchten. Die letzten Wochen haben wir zu den vielen alten neuen „Berechnungstabellen“ und „Rechenberechnungen“ für alle Sorten Gewinde in Buchform, auf Pappebellen, Zinplatten und Wapppapier erhalten. Da solche Berechnungen in erdrückendem Überfluß vorhanden sind, ist damit kein Geschäft zu machen. Wer nicht Zeit und Geld zum Verschwenden hat, der lasse die Tabellenmacher sein. Das sei vor allem unsern Kollegen gesagt. Auch mögen sie sich merken, daß die Schriftleitung der MZ den Vertrieb solcher Tabellen ablehnt, auch wenn man sie noch so eindringlich dazu auffordert.

### Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphendresse: Metallvorstand Stuttgart  
Mit Sonntag dem 7. Febr. ist der 7. Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 13. Februar 1926 fällig.

Wir ersuchen die Mitglieder um bessere Beachtung des § 4 Abs. 4 und 5 des Statuts. Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich vor Annahme ihm angebotener Arbeit bei der Verwaltungstelle, in deren Wirkungsbereich die Arbeit aufgenommen werden soll, darüber zu vergewissern, ob der Arbeitsaufnahme Gründe entgegenstehen.

Bei Aufenthaltswechsel ist jedes Mitglied verpflichtet, sich innerhalb 14 Tagen bei der bisherigen Ortsverwaltung ab- und in gleicher Weise am neuen Aufenthaltsort anzumelden. Keine Ortsverwaltung darf die Anmeldung von Mitgliedern annehmen, die dieser Bestimmung nicht vollst. genügt haben.

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit bezeichneten Verwaltungstellen Reisefeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

**Gestohlen wurde:**  
Mitgliedsbuch Nr. 4498980, lautend auf den Schmied Otto Geier, geb. am 9. September 1895 zu Hartmannsh. (Stuttgart.)  
Stuttgart, Röntgenstr. 16. Der Verbandsvorstand.

### Verbandsanzeigen

**Geschäftsführer gesucht.** Bewerber müssen mindestens 5 Jahre Mitglied unseres Verbandes, mit besten Einrichtungen vertraut sein. Er muß agitatorisch befähigt sein und einen Teil der Hauskasserung übernehmen können. Bewerbungen bis 20. Februar an den Kollegen Alfred Köhler, Großenhain, Radeburgerstr. 4. Der Verband ist eine schriftliche Arbeit über die Aufgaben eines Geschäftsführers im DMB beizufügen. Gehalt nach Vereinbarung.  
**Thale e. G.** sucht zu möglichst sofortigen Eintritt einen Kassierer. Nur erste Kraft, 10jährige Mitgliedschaft, muß in Agitation, Kassen- und Verwaltungsgeschäften bewandert sein (sowie selbstständig mit Unternehmern verhandeln können). Gehalt nach Beschluß des Verbandes. Bewerbung mit Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, Alter, Beruf, Mitgliedschaftsdauer und Familienverhältnisse bis spätestens am 15. Februar an den Bevollmächtigten Wilhelm Wenzel, Thale a. S., Steinbachstr. 6. Die Bewerberverhältnisse sind am Orte sehr schlecht.  
Dund und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallverbandes, Stuttgart, Röntgenstr. 16